

**Sozialdemokratisches
Regierungsprogramm für Hessen
2014-2019**

**Ehrliche Politik für
Flughafen und Region**

HESSEN ERNEUERN

**HESSEN
SPD**

Ehrliche Politik für Flughafen und Region

Der Frankfurter Flughafen ist die größte Betriebsstätte der Bundesrepublik Deutschland und bietet vielen Zehntausend Menschen direkt und indirekt Arbeit und Einkommen. Gleichzeitig steht er in der Region u. a. durch die hohen Lärmpegel für eine große Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner. Im Bewusstsein dieser Doppelstellung hat sich die rot/grüne Landesregierung unter Hans Eichel in der Wahlperiode 1995-1999 für ein Mediationsverfahren entschieden. Am Ende stand ein 5-Punkte-Plan, dessen einzelne Bestandteile untrennbar miteinander verbunden waren. Das Mediationsergebnis bestand aus den Komponenten Optimierung des Systems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Pakt und dem Regionalem Dialogforum.

Wir haben die abgewogene Entscheidung der Mediationsgruppe zur Entwicklung des Frankfurter Flughafens begrüßt und als einzige Partei bis heute mitgetragen und verteidigt.

Weil eine Mehrbelastung durch die Landebahn absehbar war, hätten aus unserer Sicht bereits mit dem Beginn des Ausbaus auch die Lärmschutzmaßnahmen in Gang gesetzt und Transparenz für die Flugrouten hergestellt werden müssen, damit bei Inbetriebnahme der neuen Bahn die Schutzmaßnahmen des Mediationsergebnisses insbesondere zum aktiven und passiven Lärmschutz greifen.

Die Proteste der Bürgerinnen und Bürger sind vor dem Hintergrund der faktischen Belastung sowie dem Verhalten und der Ignoranz der Landesregierung verständlich und begründet, auch wenn wir nicht alle Forderungen teilen.

Die Schwarz-Gelbe Landesregierung hat das Mediationsergebnis zunächst ignoriert, dann dagegen geklagt und setzt nun halbherzige Maßnahmen mit jahrelanger Verspätung um. Der Vertrauensverlust in der Region wird nachhaltig und dauerhaft sein.

Die Trickserien der Schwarz-Gelben Landesregierung gehen aber weiter. Mit der sogenannten Planklarstellung hat sie zukünftigen Regierungen und der Region die rechtlichen Möglichkeiten des Landes für weitergehende Regelungen auf der Landesebene genommen. Dies ist das Ergebnis eines Rechtsgutachtens zur Bewertung der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts und des Umgangs der Regierung Bouffier/Hahn mit dieser Entscheidung.

Landespolitische Handlungsmöglichkeiten

Das Gutachten zeigt uns drei Wege auf: Änderungen von Bundesgesetzen, Antrag der Fraport auf Änderung der Betriebsgenehmigung und ein neuer freiwilliger regionaler Konsens unter allen Akteuren. Die Handlungsoptionen einer Landesregierung aus eigener Rechtskraft sind allerdings durch das Manöver mit der Planklarstellung fast ausgeschöpft. Das Aktienrecht macht eine Weisung der öffentlichen Anteilseigner (Land Hessen/Stadt Frankfurt) an den Vorstand unmöglich.

Aus diesem Grund werden wir eine Initiative aus bundesrechtlichen Änderungen und einem neuen regionalen Konsens ergreifen.

Neuer Flughafenkonsens

Wir brauchen einen ernst gemeinten Dialog über die Rahmenbedingungen der Flughafenentwicklung, da die Region weder auf den Flughafen noch der Flughafen auf die Region verzichten kann. Die Voraussetzungen dafür sind angesichts der faktischen, rechtlichen und regionalen Ausgangslage sehr schwer. Für uns ist aber klar: Die prognostizierte und vom Planfeststellungsbeschluss am Ausbauende ermöglichte Lärmbelastung ist zu hoch. Der Schutz aller Bürgerinnen und Bürger vor der Lärmbelastung muss Priorität haben.

Vorrangiges Ziel ist daher für uns die Durchsetzung von Lärmobergrenzen, womit wir auch eine Entkopplung von Flugbewegungen und Lärmbelastung erreichen wollen. Wir werden über die Frage wie Lärmobergrenzen definiert werden ebenso wie über die Durchsetzungsinstrumente unverzüglich in Gespräche mit allen Beteiligten (Bürgerinitiativen, Kommunen, Airlines und Flughafen) gehen. Dabei müssen auch andere Lärmquellen mitberücksichtigt werden.

Wir halten an der strikten Einhaltung der Nachtruhe in der sog. Mediationsnacht von 23:00-05:00 Uhr fest. Für viele Menschen in der Region ist sie eine wirkliche Entlastung, die ohne das Mediationsergebnis nicht möglich wäre. Weitere Entlastungen durch ein Anschwellen zwischen 5:00 und 6:00 Uhr sowie Abschwellen zwischen 22:00 und 23:00 Uhr, durch geänderte An- und Abflugverfahren, durch belastungsärmere Flugroutenplanung sowie eine konzentrierte Nutzung des Bahnsystems (Lärmpausen) müssen konsequent genutzt werden. Ausnahmegenehmigungen wollen wir strikt beschränken.

Die Planungen für den Bau des Terminals 3 müssen im Lichte der aktuellen wirtschaftlichen und regionalen Entwicklungen überprüft und angepasst werden. Das Terminal 3 ist aus heutiger Sicht überdimensioniert.

Wir wollen den Vorrang von aktivem vor passivem Schallschutz. Die lärmabhängigen Landegebühren müssen ständig weiter angepasst werden. Besonders laute Flugzeugtypen wollen wir gänzlich von Frankfurt fernhalten.

Wir wollen passiven Schallschutz für die gesamten betroffenen Gebäude und ein Immobilienmanagement für besonders Betroffene sowie eine Ausweitung des Casa-Programms. Für soziale Einrichtungen werden wir ein Lärmschutzsofortprogramm initiieren. Sowohl die Fraport als auch die öffentlichen Anteilseigner müssen sich weiterhin auch der finanziellen Verantwortung für den passiven Lärmschutz stellen. Dies gilt sowohl für Sozial- und Bildungseinrichtungen als auch für Privathäuser. Dazu werden wir in Verbindung mit kommunalen und landeseigenen Wohnungsunternehmen neue Modelle prüfen.

Die Lärmschutzstudie NORAH soll belastbare Daten für eine Weiterentwicklung des Lärmschutzes liefern.

Bundes- und europapolitische Initiativen

Wir setzen uns auch weiterhin für ein abgestimmtes nationales und europäisches Flughafensystem ein, genauso wie für eine bundesdeutsche Lärmschutzgesetzgebung, die die Nachtruhe der Menschen besser schützt. Dazu werden wir Initiativen im Bundesrat einbringen. Entsprechende Beschlüsse wurden bereits auf dem Bundesparteitag der SPD im Dezember 2012 auf Antrag der hessischen und rheinland-pfälzischen SPD gefasst.

Wir werden ebenfalls im Bundesrat aktiv, um endlich den Lärmschutz auch im Luftverkehrsrecht zu verankern und um zukünftig sicher zu stellen, dass Bürgerinnen und Bürger bei der Planung von Flugrouten und An- und Abflugverfahren beteiligt werden. Alle Akteure der Luftverkehrswirtschaft müssen sich dem Thema Lärmschutz stärker stellen, dies gilt insbesondere auch für die Deutsche Flugsicherung.

Gute Arbeitsbedingungen am Flughafen

Der in Teilen ruinöse Wettbewerb in der Luftverkehrswirtschaft darf nicht auf dem Rücken der Region und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (z. B. bei den Bodenverkehrsdiensten) ausgetragen werden. Mehr Arbeitsplätze und gut bezahlte Arbeit sind das zentrale Interesse der Sozialdemokratie am Flughafen, auch und insbesondere daran werden wir die Entwicklungen am Flughafen bewerten. Auch deshalb wollen wir einen neuen Flughafenkonsens. Im Interesse der Region und im Interesse des Flughafens!